

Rede von Cornelia Kerth, VVN/ BdA

Wir haben im letzten Monat erfahren, dass auch Günter Grass als 17-jähriger noch in der Waffen-SS war.

Er war also nicht so hellseherisch und klug wie Sophie Scholl oder Helmut Hübener und ihre Freunde, die auch als Jugendliche den verbrecherischen Charakter des Nazi-Regimes erkannt hatten und mutig genug waren, dies nicht für sich zu behalten. Er ist aber auch keiner, der stolz ist, "dabei" gewesen zu sein – vielleicht hat er aus Scham so lange geschwiegen; das wäre nicht der schlechteste Grund.

Anders als die, die heute Grass' spätes Geständnis zum Beleg umdeuten, dass es zur Beteiligung an den fürchterlichsten Nazi-Verbrechen keine Alternative gegeben habe, hat er protestiert, als sich Bush und Kohl in Bitburg über SS-Gräbern die Hand reichten. Man mag Verständnis dafür haben, wenn es schwer fällt, sich der Tatsache zu stellen, dass man einer verbrecherischen Ideologie aufgesessen war, einem verbrecherischen Regime gedient und einer verbrecherischen Organisation angehört hat.

Gar nicht hinzunehmen ist hingegen, wenn jetzt ein öffentlicher Diskurs die Richtung nimmt, dass – wenn selbst "so einer" mitgemacht habe – die Kritik an den Alt-Nazis, die hohe und höchste Ämter im Staate bekleidet haben und Sätze wie "was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein" hervorgebracht haben, obsolet sei. Gar nicht hinzunehmen ist, dass nach wie vor die Bundeswehr historisch, strukturell und personell keinen Bruch mit diesen Traditionen vollzogen hat.

Am 1. September 1956, also genau vor 50 Jahren, veröffentlichte das Ministerialblatt des Bundesministeriums für Verteidigung eine "Allgemeine Ausnahmegenehmigung für das Überspringen von Dienstgraden durch Soldaten" für ehemalige Mitglieder der Waffen-SS, die zum gleichen Zeitpunkt in die Bundeswehr aufgenommen wurden. Wie die Generale, die den Vernichtungskrieg im Osten, der am 1. September 1939 begann, geplant und geführt hatten, prägten auch die Dienstgrade der Waffen-SS die Bundeswehr.

Aber nicht nur alte, auch neue Nazis sind bei der Bundeswehr dabei. Stellvertretend sei hier noch einmal an den ehemaligen Kommandeur des "Kommandos Spezialstreitkräfte" (KSK) Reinhard Günzel erinnert. Die Bundeswehr selbst stellte 2003 als Ergebnis einer Studie fest, dass 21 % der Studenten an Bundeswehr-Universitäten, also des künftigen Führungspersonals, einem "national-konservativen" Weltbild anhängen. Bei "Kameradschaftstreffen" der Bundeswehr sind auch Wehrmachts-Veteranen willkommen, die – wie die alljährlich gefeierte Gebirgsjägertruppe in Mittenwald – nachweislich mit ihren Einheiten an Verbrechen der Wehrmacht beteiligt waren. Mehr als 200 Namen solcher Veteranen wurden von unserem Kameraden Ulli Sander und dem AK "Angreifbare Traditionspflege" der Staatsanwaltschaft übergeben, die vor wenigen Tagen die Eröffnung eines Verfahrens ablehnte, weil konkrete Taten nicht individuell zugewiesen worden seien. Eigentlich wäre dies ja gerade der Auftrag einer entsprechenden Ermittlung.

Dazu passt es, dass der Bundesgerichtshof kürzlich entschied, "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" sei eine zulässige Parole. Die Zeitschrift "Der Rechte Rand" berichtete jüngst über neofaschistische Untergrundaktivitäten. Dazu gehören Übungen auf Bundeswehr-Truppenübungsplätzen, und mehr als eine Spur führt zur Bundeswehr und den Reservistenverbänden. Als im April 2005 in Bayern eine schwer bewaffnete "Wehrsportgruppe" zerschlagen wurde, fanden sich unter ihren 44 Mitgliedern mehrere Polizisten und Bundeswehr-Soldaten mit ihren Waffen.

Weder die Bundeswehr als Institution noch die dafür zuständigen politischen Entscheidungsträger haben die Verbrechen der Wehrmacht – vom Vernichtungskrieg im Osten über die Massenmorde als "Vergeltungsschläge" vom Balkan über Griechenland und Italien bis Oradour – genau so wenig aufgearbeitet wie die Verantwortung der Wehrmacht für das Funktionieren der Vernichtungsmaschinerie in Auschwitz und den vielen anderen Vernichtungslagern im besetzten Polen. Die Traditionspflege der Bundeswehr ist noch immer ohne Distanz zu ihren "soldatischen Vorbildern".

Eine solche Armee hat als "Friedenstruppe" in der Welt nichts zu suchen! Nicht in Afghanistan oder – womöglich nach dem Abzug der US-Truppen – im Irak, wo der "Krieg gegen den Terror" täglich neuen Terror gebiert, noch im Kongo (voll von strategischen Rohstoffen) und schon gar nicht im Nahen Osten!

Mit den 6 Milliarden, die der für Kriegsführung zuständige Minister Jung noch in diesem Jahr für Rüstungsprojekte locker machen will und die sämtlich im Dienste militärischer Intervention stehen, könnten zivile Strukturen so nahhaltig unterstützt werden, dass ein ernster Beitrag geleistet wäre, dem Terror den Boden zu entziehen, dem er entwächst: Armut, Perspektivlosigkeit, Unterdrückung.

Die 22 Millionen, die die europäischen Außenminister für den "Wiederaufbau der Infrastruktur im Libanon" zusammengesammelt haben, sind ein Klacks. Damit kann keine Regierung gegen die Hisbollah punkten. Genau das wäre aber erforderlich, wenn eine zivile, laizistische Regierung in die Lage versetzt werden soll, tatsächlich das Gesetz des Handelns zu bestimmen. Das gilt für Palästina wie für den Libanon. Damit wäre auch der Sicherheit des Staates Israel langfristig gedient.

Wir verlangen heute am Antikriegstag erneut:

- Schluss mit den Auslandseinsätzen!
- Schluss mit der ständigen Aufrüstung!
- Schluss mit den Rüstungsexporten!
- Stärkung ziviler Institutionen statt militärischer Interventionen!